

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 94 (2003)
Heft: 8

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Preisüberwacher und Elektrizitätswirtschaft

Im vergangenen Jahr bildeten erneut Dossiers im Infrastrukturbereich und im Gesundheitswesen die Haupttätigkeitsfelder des Preisüberwachers. Anlässlich der Präsentation seines Jahresberichts am 21. Februar ging der Preisüberwacher speziell auf die Fälle Kabelfernsehgebühren der Cablecom, den Strommarkt nach dem Nein zum EMG, die Medikamentenpreise, den TarMed sowie allgemein auf die Hochpreisinsel Schweiz ein. Hier einige Originalauszüge aus der Jahrespressekonzferenz.

«Nach dem Nein des Souveräns zum Strommarktgesetz (EMG) steht fest, dass die lokalen und regionalen Versorgungsmonopole der Elektrizitätsunternehmen bis auf weiteres bestehen bleiben. In dieser Situation ist es am Preisüberwacher, die «gefangenen» Kunden, speziell auch KMUs, vor Monopolmissbrauch zu schützen. Die Diskussionen um den Gesetzes- und Verordnungsentwurf haben gezeigt, dass beträchtliche Monopolrenten erzielt werden. Zudem verfügen die Elektrizitätswerke über grosse Reserven und Rückstellungen, welche im Hinblick auf die Liberalisierung geöffnet wurden. Preissenkungen sind deshalb möglich. Aus

diesem Grund hat die Preisüberwachung im Elektrizitätsmarkt die Analyse konkreter Fälle auf systematischer Basis eingeleitet. Dort, wo Ineffizienzen oder Monopolrenten festgestellt werden, wird die Preisüberwachung intervenieren und Preissenkungen verlangen.»

Bisher auf die Analyse konkreter Fälle verzichtet

In den letzten Jahren hat die Preisüberwachung weitgehend auf die Analyse konkreter Fälle verzichtet. Sie hat jedoch aktiv an der Vorbereitung der neuen Gesetzgebung zum Elektrizitätsmarkt (Gesetz und Verordnung) teilgenommen, deren Inkrafttreten im Laufe des Jahres 2003 vorgesehen gewesen wäre. Sie hat insbesondere zum Inhalt des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) Stellung genommen und daraufhin im Rahmen der Gestaltung der Verordnung (EMV) eine detaillierte Methode zur Festsetzung und Regulierung der Durchleitungsentgelte vorgeschlagen. Parallel dazu hat sich die Preisüberwachung auf die konkrete, nach der EMG-Abstimmung aufzunehmende Arbeit vorbereitet. Sie hat hierzu zusammen mit dem Bundesamt für Energie die für künftige Preisanalysen notwendigen Daten bestimmt und im Anschluss daran 150 zufällig ausgewählte Elektrizitätsnetzbetreiberinnen mit einem umfangreichen Fragebogen be-

dient. Dieser Fragebogen ist dergestalt ausgelegt worden, dass die gelieferten Daten sowohl auf Basis des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) als auch ausschliesslich auf Basis des Preisüberwachungsgesetzes (PüG) Verwendung finden können.

Die mit diesem Fragebogen erhobenen Daten sollen der Preisüberwachung in erster Linie dazu dienen, die durch die Elektrizitätswerke nicht beeinflussbaren Kostentreiber zu eruieren, damit unter Berücksichtigung dieser Kostentreiber die Kosten verschiedener Elektrizitätswerke objektiv miteinander verglichen werden können (Benchmarking).

Preisüberwachung will im Elektrizitätsmarkt die Analyse wieder aufnehmen

Nach dem Nein des Souveräns zum EMG liegt es an der Preisüberwachung, die Kundschaft, insbesondere die Haushalte und die KMU, vor missbräuchlichen Monopolpreisen zu schützen. Aus diesem Grund wird die Preisüberwachung nun im Elektrizitätsmarkt die Analyse konkreter Fälle auf systematischer Basis wieder aufnehmen. Hierzu wird sie bei sämtlichen Elektrizitätswerken der Schweiz periodisch die wichtigsten Daten (Tarifblätter und Umsätze) erheben. Da nicht sämtliche Tarife aller 900 in der Schweiz tätigen Werke im Detail geprüft werden können, wird die Preisüberwachung diejenigen Firmen einer vertieften Analyse unterziehen, welche einem oder mehreren der folgenden Prioritätskriterien entsprechen:

- Meldung aus den Reihen der Kundschaft eines Elektrizitätswerkes,
- Vorgenommene oder vorgesehene Preiserhöhung,
- Hohe Tarife,
- Intransparente, widersprüchliche oder verweigerte Daten.

Der Blitzableiter



Viel Wind

(vpe) Zwei Berichte des Bundesamtes für Energie (BFE) zum Thema «Windenergie» und «Ersatz der Kernenergie» haben klar aufgezeigt, dass vor einer weit reichenden Nutzung der Windenergie in Europa noch erhebliche Hürden zu überwinden sind, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Wind weht leider nicht immer (zum Beispiel Ausbau des europäischen Verbundnetzes und das Vorhalten von Reserveleistung). Dies ist mit immensen Kosten verbunden und wird den Ausbau der Windenergie bremsen. Hinzu kommt, dass der Windstrom auch auf absehbare Zeit ohne massive Förderung gegenüber konventionellen Kraftwerken nicht konkurrenzfähig sein wird. Für die Schweiz wurde 1996 das landschaftskompatible Windpotenzial nur auf rund 3,5 Prozent der schweizerischen Stromnachfrage geschätzt. Für den Import von Windenergie gilt es zu berücksichtigen, ob unsere europäischen Nachbarstaaten überhaupt bereit sind, ihre politisch wertvolle Windenergie zu exportieren, da sie selbst aufgrund der Kyoto-Ziele und dem teilweisen Ausstieg aus der Kernenergie in Zukunft einen erhöhten Eigenbedarf haben werden.

B. Frankl



Beauftragter des Bundes für die Überwachung der Preise (Preisüberwacher oder «Monsieur Prix») ist seit dem 1. August 1996 Werner Marti.

Weko wartet Grundsatzentscheid des Bundesgerichts ab

(ef) Die Wettbewerbskommission (Weko) hat am 4. Februar 2003 ihre jährliche Pressekonferenz durchgeführt. Schwerpunkte des vergangenen Jahres bildeten die Bekämpfung von Vertikalabreden, welche eine Marktabschottung bewirken, sowie der Finanzsektor.

Bezüglich des Elektrizitätsmarktes befindet man sich zurzeit in einer Wartestellung, erklärte Prof. W. Stoffel, seit Anfang Jahr neuer Präsident der Weko. Zwar habe die Weko bereits verschiedene Fälle entschieden, diese seien jedoch von den Betroffenen angefochten worden und zurzeit vor Bundesgericht hängig. Um weitere ähnlich gelagerte Fälle zu bearbeiten, wolle man deshalb erst einen Grundsatzentscheid des Bundesgerichts abwarten. Stoffel betonte die Wichtigkeit des Elektrizitätsmarktes und dass vergangene Fehler nicht auf die Zukunft projiziert werden dürften. Im Elektrizitätsbereich hätten zu hohe Preise weit reichende Auswirkungen.

Prof. Walter Stoffel, neuer Präsident der Weko.



Widerstand gegen radioaktives Endlager

(d) Schaffhausen will das geplante Atommüll-Endlager in Benken ZH bekämpfen. Der Schaffhauser Kantonsrat hat am 17. Februar ein entsprechendes Postulat mit 54 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen überwiesen. Zudem kritisiert eine neue Studie des Öko-Instituts Darmstadt (D) das Vorgehen der Nagra bei der Evaluierung eines Atommüll-Endlagers im Zürcher Weinland. Bedenken bestehen aus geologischer wie aus politischer Sicht. Noch seien zu viele Fragen offen, heisst es in der Studie.

Erfahrungen der Stromwirtschaft mit Projekten zur CO₂-Reduzierung

(ee) Eurelectric hat im Hinblick auf den Richtlinienentwurf der Kommission zum Mechanismus für eine gemeinsa-

me Durchführung (Joint Implementation – JI) und zum Mechanismus für eine umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM), der vermutlich Ende März vorgelegt werden wird, einen Bericht über die Erfahrungen der Stromwirtschaft mit Projekten dieser Art veröffentlicht. Der Bericht wurde auf Grundlage einer Umfrage erstellt, an der zweiundzwanzig Elektrizitätsunternehmen aus den 15 Ländern der EU sowie aus Polen, Japan, Israel und Russland teilgenommen haben. Die Stromunternehmen zeigen mit ihren Eigeninitiativen (sowohl als Investoren wie auch als Gastgeber), dass sie bei der Entwicklung von JI- und CDM-Projekten aktiv tätig sind und damit zur Entwicklung internationaler Verfahren und Institutionen auf diesem Gebiet beitragen. Der Bericht stellt darüber hinaus die Analyse- und Planungstätigkeit zu Projekten jeglicher Grössenordnung in fast allen Gebieten der Erde dar.

Bei JI und CDM handelt es sich um Systeme, bei denen

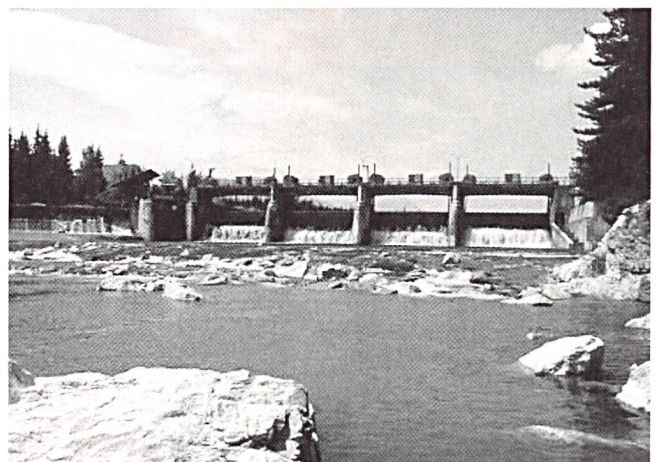
Unternehmen durch Projekte zur CO₂-Reduzierung Pluspunkte erwerben können, die sie bei möglichen Auflagen zur Reduzierung ihrer eigenen Treibhausgasemissionen einbringen können. JI, CDM und der Handel mit Emissionszertifikaten sind die drei so genannten «flexiblen Mechanismen» des Kyoto-Protokolls zum Klimawandel. Der Fragebogen, der den Vertretern der Eurelectric-Mitglieder – Gesellschaften oder einzelstaatliche Dachverbände – in der Eurelectric-Arbeitsgruppe «Klimawandel und flexible Mechanismen» unterbreitet wurde, umfasste zwei Hauptbereiche: 1) die Motivation für JI/CDM-Projekte und andere Klimaschutzaktivitäten 2) eingehende Informationen zu Projekten. Von den Teilnehmern der Umfrage werden 12 JI- und 27 CDM-Projekte beschrieben.

Der Bericht zeigt, dass das Interesse an den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls allgemein gross ist. 21 Unternehmen haben eine spezifische Politik zur Bekämpfung des Klimawandels. Sie haben neben JI- oder CDM-Projekten eine breite Palette von Massnahmen ergriffen, und die meisten von ihnen haben schon Investitionen, Simulationen oder technisch-wirtschaftliche Analysen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen durchgeführt. Sie beteiligen sich ausserdem (oder befassen sich mit Untersuchungen zu künftigen Projekten) an CO₂-Fonds, CO₂-

Auktionen, Joint-ventures und anderen Formen der Zusammenarbeit mit dem Ziel, die vielen Möglichkeiten zu erforschen, die die JI- und CDM-Systeme bieten. (Bericht gratis bei www.eurelectric.org)

EU befürchtet marktbeherrschende Stellung in Österreich

(a) Die Kommission der Europäischen Union hat «Bedenken», dass der Zusammenschluss des Verbunds mit der EnergieAllianz beherrschende Stellungen in mehreren Strommärkten Österreichs begründen könnte. Durch die Zuführung des grössten Stromerzeugers in Österreich mit fünf seiner regionalen Verteilungsunternehmen zur Energie Austria würde das Vorhaben zu hohen gemeinsamen Marktanteilen bei der Erzeugung und der Lieferung von Strom sowohl an gewerbliche Abnehmer wie an private Verbraucher führen. Neben der neuen Einheit würden in Österreich dann noch fünf andere regionale Stromvertriebsunternehmen übrig bleiben. Auch hat die erste Untersuchung der Kommission gezeigt, dass drei dieser Unternehmen nicht unabhängig im Markt vorgehen könnten. Die regionalen Stromverteiler in Kärnten, Salzburg und der Steiermark würden in hohem Masse von der neuen Einheit für ihre Stromlieferungen abhängen.



Regionale Stromunternehmen in Österreich fürchten um ihre Unabhängigkeit und teilen die Bedenken der EU (Laufkraftwerk Schütt; Bild Kelag).

Eurelectric unterstützt neue EU-Mehrwertsteuer-Richtlinie

(ee) Der Dachverband der europäischen Elektrizitätswirtschaft Union of the Electricity Industrie-Eurelectric unterstützt den Vorschlag der EU-Kommission, die Mehrwertsteuererhebung auf Elektrizität und Erdgas den Bedürfnissen des Binnenmarkts für Energie der EU anzupassen. Die Steuerexperten von Eurelectric begrüssen diesen Schritt hin zur Beseitigung von Hindernissen, die die derzeitige Form der Mehrwertsteuererhebung für den Stromhandel darstellt. Sie weisen aber auch darauf hin, dass ein weiteres wichtiges Problem gelöst werden muss, um Unklarheiten und Unstimmigkeiten gegenüber den künftigen Bestimmungen zu vermeiden. Es handelt sich dabei um die Handhabung der Intra-stat-Erklärungen, die der Überprüfung der Mehrwertsteuerabgaben dienen.

Die Kommission hat im Dezember letzten Jahres einen Vorschlag zur Neufassung der geltenden 6. Mehrwertsteuerrichtlinie vorgelegt. Dieser Vorschlag steht im Zusammenhang mit der fortschreitenden Liberalisierung des Strom- und Gasmarkts der EU und der im November erzielten Einigung des Rats der Energieminister auf eine vollständige Öffnung des Strom- und Gasmarkts für gewerbliche Kunden bis zum Jahr 2004 und für Haushaltskunden bis 2007 – eine Entwicklung, die Eurelectric entschieden unterstützt.

Zurzeit wird die Mehrwertsteuer in der EU bei allen Gütern am Ort und zum Zeitpunkt der Lieferung erhoben. Vor der Liberalisierung waren Stromerzeugung, -verteilung und -handel Angelegenheit der einzelnen Mitgliedsländer. Mit der Zunahme des grenzüberschreitenden Handels tritt jedoch immer klarer zutage, dass dieses Verfahren den Markt verzerrt. Die Belieferung eines Händlers in einem anderen EU-Land ist

nach geltenden Bestimmungen im Ursprungsland steuerbefreit und wird im Land des belieferten Händlers besteuert. Da jedoch der physikalische Stromfluss nicht nachweisbar ist, ist der Versorger praktisch nicht in der Lage, die Stromübertragung zu belegen, um die Steuerbefreiung in Anspruch zu nehmen. Es kommt hinzu, dass die Bestimmungen zum Liefer- und damit Besteuerungsort von Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit der Strom- oder Gasversorgung stehen (zum Beispiel Zugang und Verwendung von Verteilungsnetzen) in der EU uneinheitlich sind, wodurch Doppel- oder Nichtbesteuerung entstehen kann, was die Bedingungen des Wettbewerbs zwischen den Händlern verzerrt. Der Vorschlag der Kommission zur Beseitigung dieser Nachteile besteht im Wesentlichen darin, den Ort der Besteuerung nicht mehr durch den Ort der Belieferung zu bestimmen, sondern durch den Ort der Niederlassung des Käufers oder durch den Ort des Verbrauchs.

Die Eurelectric-Experten haben sich eingehend mit dem Entwurf beschäftigt und warfen eine Reihe von wichtigen Fragen auf – insbesondere die Notwendigkeit, alle Dienstleistungen, die mit dem Verkauf und der Übertragung von Elektrizität in Zusammenhang stehen, einschliesslich des Handels mit Derivaten wie Optionen, Kursabsicherungen usw., hinsichtlich der Mehrwertsteuer genau so wie die Stromversorgung zu behandeln, um überall gleiche Marktbedingungen im Stromhandel zu gewährleisten. Die meisten dieser Probleme sind durch den Kommissionsvorschlag zufrieden stellend gelöst worden.

64 Mio. Euro für spanisches Solarprojekt

(ptx) Die spanische Regierung schießt einem Solarprojekt für Agrarreform-Gemeinden Kreditmittel in der Höhe von 64 Mio. Euro zu. Zur Im-



Neue gesetzliche Grundlage für den Elektrizitätsmarkt

(uvek) Nach der Ablehnung des EMG will der Bundesrat die Elektrizitätsversorgung spätestens 2007 auf neue gesetzliche Grundlagen stellen. Die Vorlage soll sowohl den Interessen der Haushalte als auch jenen der Wirtschaft Rechnung tragen. Im Auftrag des UVEK arbeitet nun eine Expertengruppe die Grundlagen der neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung aus.

Das UVEK hat nach der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) im letzten Herbst eine Standortbestimmung durchgeführt. Mit rund dreissig Interessengruppen wurden bilaterale Gespräche geführt, um die anstehenden Probleme zu erörtern. Dabei wurde Handlungsbedarf in drei Bereichen festgestellt:

Erstens ist die internationale Stellung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft im Hinblick auf die vollständige Öffnung des EU-Strombinnenmarktes im Jahr 2007 zu sichern. Dabei steht die Transitfrage im Zentrum sowie der Marktzugang der schweizerischen Elektrizitätswerke im EU-Raum.

Zweitens bezahlen die KMU wesentlich höhere Stromtarife als die ausländische Konkurrenz. Die lokalen Elektrizitätsverteiler erwarten günstigere Preise von ihren Vorlieferanten, nicht zuletzt auch im Interesse von Haushalten und Gewerbe.

Drittens muss die Versorgungssicherheit auch im liberalisierten Umfeld gewährleistet werden. Die Gesprächsteilnehmer waren sich weitgehend einig, dass die anstehenden Probleme mittelfristig nur mit einem neuen Gesetz geregelt werden können. Das neue Gesetz soll spätestens Mitte 2007 in Kraft gesetzt werden.

Die wesentlichen Elemente der neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung sollen nun im Auftrag des UVEK durch eine Expertenkommission erarbeitet werden. Die Kommission wird Interessenvertreter der Wirtschaft, Elektrizitätsbranche, Gewerkschaften, Kantone und Gemeinden sowie Konsumenten- und Umweltschutzorganisationen umfassen. Unterstützende Begleitgruppen sollen fachliche Grundlagen erarbeiten zu Fragen der Versorgungssicherheit, des Marktmodells, der Transparenz im Elektrizitätsmarkt sowie der Marktaufsicht.

plementierung des «Solar Power Technology Support Projekts» unterzeichneten das Energieministerium und das für Agrarreformen zuständige Ministerium ein Memorandum der Zustimmung. Das Projekt soll 2005 abgeschlossen sein.

Rumänien an UCTE-Netz angeschlossen

(a) Rumänien ist seit 4. Februar offiziell an das europäische Stromtransportnetz UCTE angeschlossen. Entscheidender Schritt war die offizielle Inbe-

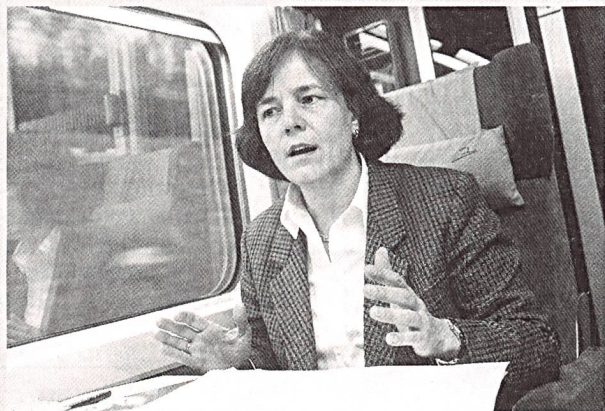
Entsorgung nuklearer Abfälle am Scheideweg

(eu) In einigen Jahren dürfte die Endlagerung aller hochaktiven radioaktiven Abfälle in Europa unterirdisch erfolgen. Zurzeit werden abgebrannte Brennelemente und hochaktive Abfälle in Einrichtungen in der Nähe von Kraftwerken oder in nationalen Lagern sicher aufbewahrt.

«Wir sind dabei, ein echtes gemeinsames EU-Konzept für die nukleare Sicherheit zu entwickeln», erklärte Energiekommissarin Loyola de Palacio. «Aber wir stehen immer noch vor dem grossen Problem der Entsorgung langfristig radioaktiver Abfälle. Dies hat oberste Priorität, wie auch immer die Ansichten zur Kernenergie sein mögen, denn radioaktive Abfälle sind eine Realität für alle europäischen Länder.»

Bisher gibt es keine Einrichtung für die Endlagerung abgebrannter Brennelemente oder hochaktiver radioaktiver Abfälle in geologischen Formationen. Aber die Europäische Kommission glaubt, dass die Endlagerung dieser Abfälle in geologischen Formationen Priorität erhalten sollte, da dieses Verfahren aufgrund seiner langfristigen Beherrschbarkeit nach dem bisherigen Kenntnisstand das Sicherste ist. Die Kommission strebt auch eine Intensivierung der Forschungsanstrengungen und eine bessere Koordinierung der nationalen Forschungsprogramme im Bereich der Entsorgung radioaktiver Abfälle an.

Gemäss dem neuen Richtlinienvorschlag über radioaktive Abfälle der EU sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, nach einem zuvor festgelegten Zeitplan nationale Programme für die Lagerung radioaktiver Abfälle zu verabschieden, die insbesondere die Einlagerung hochaktiver Abfälle in grosser Tiefe beinhalten. Für die Letztgenannten wird spätestens 2008 eine nationale oder regionale Lagerstätte gewählt sein müssen, die spätestens 2018 betriebsfähig sein muss. Die Lagerung schwach aktiver, kurzlebiger Abfälle muss spätestens im Jahre 2013 erfolgen. Die wichtigste positive Wirkung des Vorschlags ist, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, eine Strategie für die Entsorgung abgebrannter Brennstoffe und radioaktiver Abfälle zu beschliessen. Die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten wird in Erwägung gezogen, kein Mitgliedstaat ist jedoch verpflichtet, Importe radioaktiver Abfälle aus anderen Mitgliedstaaten zu akzeptieren.



EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio: «Wie auch immer die Ansichten zur Kernenergie sein mögen, radioaktive Abfälle sind eine Realität für alle europäischen Länder.»

triebnahme einer Umwandlungsstation am «Eisernen Tor» in Südrumänien. Die Umwandlungs-

station war mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und



Windpark Tebbestrup (Dänemark; Bild neg-micon)

Entwicklung (EBWE/Osteuropabank) gebaut worden. Die Gesamtinvestitionen beliefen sich auf rund 19 Mio. Euro. Rumänien exportierte im Jahr 2002 Strom im Wert von rund 90 Mio. Euro.

US-Kernkraft mit neuem Rekord

(zk) Einen neuen Produktionsrekord melden die Betreiber der Kernkraftwerke der USA für 2002. Nach 769 Mrd. kWh im Vorjahr waren es nun rund 778 Mrd. kWh, die Anlagenverfügbarkeit erreichte mit 91,5% einen neuen Bestwert.

Fast ein Drittel mehr Windstrom in Europa

(e) Die Windkraft in der Europäischen Union hat ihre Maximalleistung 2002 gegenüber dem Vorjahr um 31% bzw. 5871 MW auf insgesamt 23 056 MW ausgeweitet. Der Wert der installierten Technologie belief sich dabei gemäss dem europäischen Windenergieverband EWEA auf rund 5,8 Mrd. Euro. Den grössten Anteil von fast 90% an der EU-Windkraft liefern dabei Deutschland, Spanien und Dänemark.

Von der in der Europäischen Union installierten Kapazität stellen die deutschen Windkraftanlagen 55% bzw. 12 000 MW zur Verfügung. Der Zuwachs lag in Deutschland im vergangenen Jahr bei 3247 MW. Im deutschen Energiemix trägt die Windkraft 4,7% zur

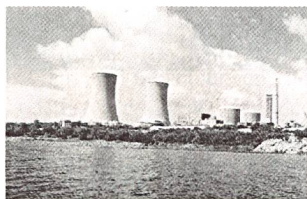
gesamten Stromproduktion bei. Der europäische Verband sieht grosse Wachstumschancen für die Zukunft. Ziel sei es, bis in 20 Jahren die weltweit installierte Kapazität auf 1,2 Mio. MW (Maximalleistung bei gutem Wind) mit einem Umsatz von rund 67 Mrd. Euro zu erhöhen.

Kampf gegen die Windmühlen

(d) Windenergie ist auf der deutschen Nordsee-Insel Borkum derzeit ein Reizwort. Angesichts verschiedener Pläne befürchten Insulaner Umweltkatastrophen durch Schiffskollisionen und Einbussen für den Tourismus. Die Stadt Borkum verklagt deshalb die Genehmigungsbehörde wegen der Pläne für einen Offshore-Windpark in Sichtweite und einen weiteren in 55 Kilometern Entfernung.

Greenpeace muss 140 000 Franken Busse zahlen

(d) Die Umweltorganisation Greenpeace ist zur Zahlung einer Busse von 95 000 Euro (140 000 Franken) an die französische Atomfirma Cogema verurteilt worden. Wie die Betreiberfirma der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage La Hague mitteilte, wurde die Strafe vom Landgericht in Cherbourg wegen Blockadeaktionen gegen Atomtransporte in den Jahren 2000 und 2001 ausgesprochen.



Kernkraftwerke Rajasthan-3 und -4.

Baubeginn für zwei indische Kernkraftwerke

(sva) Bei den indischen Kernkraftwerken Rajasthan-5 und -6 wurde mit dem Bau begonnen. Dabei handelt es sich um zwei Einheiten mit Schwerverwasserreaktor einheimischer Bauart und einer elektrischen Nettoleistung von 202 MW. Von diesem Typ stehen in Indien bereits acht Einheiten in Betrieb und zwei weitere in Bau.

Abriss des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich

(gs) Der Abbau des stillgelegten Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich wird etwa zehn Jahre dauern. Dazu müssen rund 490 000 Tonnen Abbruch beseitigt werden, davon sind rund 2900 Tonnen schwach und mittel radioaktiv. In Deutschland wird erstmals ein Reaktor dieser Grösse abgerissen.

Leichtes Plus beim Stromverbrauch in Deutschland

(vd) Schwache Konjunktur und milde Witterung in Deutschland: Der gesamte Stromverbrauch war 2002 mit rund 582 (2001: 581) Milliarden Kilowattstunden etwas höher als im Vorjahr. Das meldet der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin, nach ersten Schätzungen. Der leichte Zuwachs von 0,2% sei das Ergebnis zweier gegenläufiger Entwicklungen: Verbrauchsdämpfend wirkten die schwache Konjunktur und die milde Witterung. Ausserdem steigern, so VDEW, wachsen-

des Energiebewusstseins der Verbraucher sowie Energie sparende Geräte und Techniken die Energieeffizienz.

Zu einem höheren Stromverbrauch führten dagegen die stärkere Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Einsatz von Strom für Umwelt- und Steuerungstechnik. Ausserdem steige wegen des Trends zu Kleinfamilie und Single-Haushalten die Zahl der Stromkunden.

Reservekapazität steigt

(ö) Die UCTE präsentierte am 29. Januar ihren jüngsten Bericht über die europäischen Stromnetze für den Zeitraum 2003 bis 2005. Die Schlussfolgerungen sind im Allgemeinen positiv. Die Reservekapazität, die auf etwa fünf Prozent der installierten Kapazität geschätzt wird, wird bis 2005 beträchtlich steigen. Für die UCTE als Ganzes betrage die Reservekapazität im genannten Zeitraum mehr als acht Prozent der gesamten Erzeugungskapazität. Auf dieses Gesamtpotenzial können aber wegen Engpässen nicht immer alle UCTE-Mitglieder zurückgreifen. Die nationalen Systeme können sich jedoch auf Grund von Importkapazitäten absichern.

Hohe Zufriedenheitsrate für EVU

(ö) Die Europäische Kommission veröffentlichte die Ergebnisse der Eurobarometer-Erhebung, die im Rahmen ihres jährlichen Bewertungsberichts über netzgebundene Wirtschaftszweige, die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erbringen, durchgeführt wurde. Die Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) erreichen mit 78% den zweiten Rang auf der Zufriedenheitsskala (Rang 1: Postdienste). Der Vergleich der Ergebnisse mit einer ähnlichen Erhebung aus dem Jahr 2000 zeigt eine ausgewogene

Russische Stromreform beschlossen

(m/gs) Das russische Parlament – die Douma – hat am 14. Februar einem Gesetzespaket zur Liberalisierung des Strommarktes zugestimmt. Das Bündel von sechs Gesetzen und Novellierungen gilt als entscheidender Schritt zur Neuordnung des russischen Elektrizitätsmarktes und enthält eines der grössten Reformprogramme der Regierung Putin. In einer Übergangsphase soll der Regierung ein grosser Ermessensspielraum eingeräumt werden. Daraus entstehen neue Unsicherheiten; die zahlreichen Gegner warnen vor Stromverknappung, Preissteigerungen und Korruption.



Stromverknappung in Moskau?

Ziel der russischen Strommarktreform ist die Liberalisierung für Wettbewerb und damit mehr Effizienz und Dynamik in einer Branche, die ohne neue private Investitionen zu überaltern droht.

Gleichzeitig sucht Russland zusätzliche Wege für den Stromexport. Bisher funktionieren die Energiesysteme in West- und Mitteleuropa und auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion völlig getrennt.

Derzeit ist RAO Rossii dabei, die Stromausfuhren in Länder auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion kräftig auszubauen. Die technischen Voraussetzungen liegen vor, nachdem die Vereinheitlichung dieser Stromnetze 2001 abgeschlossen worden ist. Im laufenden Jahr will RAO Rossii den Stromexport nach Weissrussland, Kasachstan, Aserbaidschan, Moldawien

und Georgien um ein Drittel auf 23 Milliarden Kilowattstunden anheben. Das letztlich anvisierte Ziel liegt jedoch weiter im Westen, im Euroland. RAO Rossii ist Russlands grosser Stromkonzern mit Tausenden von Kraftwerken und über 500 000 Beschäftigten; er generierte im vergangenen Jahr 72% der gesamten Stromerzeugung des Landes.



Signet von RAO Rossii.



Die Reform wird über 1 Billion Rubel (20 bis 45 Mrd. Franken) kosten.

Stabilität in der Entwicklung der Gesamtzufriedenheit mit Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Bei der Untersuchung der Dienstleistung der EVU zeigt Qualität mit 91% die höchste Zufriedenheitsrate, am unzufriedensten sind die Verbraucher mit den Preisen (39%). Die Erhebung zeigt

grosse Unterschiede in der allgemeinen Zufriedenheit mit den EVU in den verschiedenen Ländern. Das höchste Mass an Zufriedenheit wurde in Grossbritannien (87%) und Luxemburg (84%) festgestellt, die niedrigsten Zufriedenheitswerte waren in Spanien (25%) und Italien (31%).